

## Resolution des Kreistages Bodenseekreises zum Straßenbau im Bodenseekreis

Der Kreistag des Bodenseekreises fordert die Bundesregierung und Landesregierung von Baden-Württemberg sowie die Abgeordneten (Riebsamen, Gerster, Müller, Hahn) auf,

- die notwendigen Mittel für die planfestgestellten Straßenbaumaßnahmen der B 31 unverzüglich zur Verfügung zu stellen, damit die B 31 Westumfahrung Friedrichshafen und die B 31 Ostumfahrung Überlingen unmittelbar gebaut werden können.
- die noch nicht geplanten Teilstücke des Planfalls 7.5 zur Planung freizugeben und diese zügig zu beginnen. (B 31 zwischen Meersburg und Immenstaad und B 30 Ortsumfahrung Meckenbeuren)
- die B 31 zwischen Friedrichshafen und Lindau vierspurig in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. (Ersatzweise diesen Streckenabschnitt mit einer dritten Spur aus dem Ausbau-Titel zu erweitern.)
- die notwendigen Mittel für die planfestgestellte Südumfahrung Meckenbeuren Kehlen (K 7725) und die Südumfahrung Markdorf (K 7743) umgehend zu bewilligen.
- die Planung der noch nicht planfestgestellten Maßnahmen bei den Landesstraßen zügig voran zu treiben. Konkret: die Südumfahrung Bermatingen und Salem-Neufrach (L 205) und die Landesstraße zwischen Deggenhausertal und Heiligenberg-Echbeck (L 207).

### Begründung:

Die Menschen in dem überdurchschnittlich dicht besiedelten Bodenseekreis sind durch den Straßenverkehr und dem fehlenden Ausbau der Straßen seit Jahren extrem belastet. Tagtägliche Staus vor und in Hagnau und Friedrichshafen belasten die Menschen und den Wirtschaftsstandort sowie den Tourismus im Bodenseekreis erheblich und gefährden Arbeitsplätze. Die Lebensqualität wird durch Lärm, Abgase, Feinstaub, Vibrationen über das erträgliche Maß hinaus stark beeinträchtigt. Dies gilt im besonderen Maße für die B 31 und die betroffenen Gemeinden.

Bereits 1985 (!) hatte das Bundesverkehrsministerium die B 31 zwischen der A 98 (Stockach) und der A 96 (Lindau) neben dem Berliner Ring als einzige Bundesstraße deutschlandweit in den Katalog der Straßen aufgenommen, für die das Sonntagsfahrverbot für LKW gilt.

In den 1980er Jahren wurden die früheren Pläne zum Lückenschluss der A 98 zwischen Stockach und Lindau (A96) aufgegeben. Stattdessen sollte ein Ausbau des vorhandenen Straßennetzes die Verkehrsbelastungen aufnehmen. In umfangreichen Planungen entstand der "Planungsfall 7.5", der den Aus- und teilweisen Neubau von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen vorsieht. Zwar wurden einige wenige Neu- bzw. Ausbaumaßnahmen durchgeführt, die wesentlichen Abschnitte des Planfalls 7.5 sind nicht realisiert und z. T. noch nicht einmal geplant.

Der ländliche Raum – und zu diesem zählt der Bodenseekreis – ist in besonderem Maße auf eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen und hat sich deshalb in den vergangenen Jahren nachhaltig für den öffentlichen Verkehr engagiert (Verkehrsverbund bodo, Bodensee-Oberschwaben-Bahn BOB). Jedoch sind Busse ebenso auf ein gut funktionierendes Straßennetz angewiesen um die Attraktivität zu erhalten.

Der Bodenseekreis begrüßt die in der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung getroffene Regelung zur Maut und damit zur besseren finanziellen Ausstattung des Verkehrshaushaltes.